

Haushaltsrede, Fraktionsvorsitzender Thomas Leipnitz in der Regionalversammlung am 20. Oktober 2021

*-- Es gilt das gesprochene Wort --*

Anrede,

unsere Region steht vor großen Herausforderungen. Es geht um nicht weniger als um die notwendige Veränderung unseres Lebens und Wirtschaftens hin zu mehr Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeit hat immer drei Dimensionen: eine ökologische, eine ökonomische und eine soziale. Und wenn sich dieser Dreiklang in der Politik nicht wiederfindet, läuft im wahrsten Sinne des Wortes etwas schief. Mit negativen Folgen für die Umwelt, die Wirtschaft und vor allem die Menschen, die von diesen Veränderungen unmittelbar betroffen sind.

Die Wirtschaft in unserer Region hängt sehr stark von der Automobilwirtschaft, ihren Zulieferbetrieben und vom Maschinenbau ab. Der jüngste Strukturbericht hat die Wertschöpfung der Verarbeitenden Industrie in diesem Bereich auf ein Rekordhoch von 56 Prozent beziffert. Zum Vergleich: 1989 lag er noch bei 28 Prozent. Ob man das nun gut findet oder nicht: Fakt ist, mit dem Auto wird ein großer Teil des Wohlstands unserer Region erwirtschaftet. Und gerade in dieser Branche stehen nun große Veränderungen an. Nun könnte man sagen: „Es ist mir egal, wovon die Menschen in dieser Region in Zukunft leben.“ Und diese Stimmen gibt es ja tatsächlich, leider gelegentlich auch in diesem Gremium. Aber so einfach dürfen wir es uns nicht machen!

Wenn wir die Transformation der Industriegesellschaft in der Region erfolgreich bewerkstelligen wollen, müssen wir vor allem die Menschen mitnehmen, die in diesem Bereich arbeiten. Denn wenn sie keine Perspektive mehr für sich sehen und dadurch den Klimawandel und die Verkehrswende in erster Linie als Bedrohung für sich und Ihren Wohlstand betrachten, dann laufen wir Gefahr, dass wir sie als Partner für den notwendigen Umbau verlieren. Denn dann werden sie sich den Rattenfängern zuwenden, die bereits heute genau auf eine solche Entwicklung warten. Für die SPD ist deshalb die soziale Nachhaltigkeit das zentrale Element in diesem Prozess.

Für einen erfolgreichen Transformationsprozess ist es unerlässlich, den Betroffenen die Möglichkeiten zu eröffnen, diese Entwicklung mitzugestalten. Deshalb muss es sich die WRS noch mehr zur Aufgabe machen, die Um- und Weiterbildung der Beschäftigten zu begleiten. Im Sinne der Mitwirkung aller Beteiligten sollte auch der Strategieprozess „RS Reloaded“ um eine Dimension der strategischen Kohärenz zwischen regionaler Ebene und Kommunen erweitert werden. Ziel muss es sein, dass die Strategien von Region und Kommunen eng verzahnt ineinandergreifen.

Wenn alles in Bewegung ist, darf auch der Verband nicht stillstehen. Auch wir müssen bereit sein, neue Wege zu gehen und neue Angebote zu machen. Dazu

zählt vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Hungerberg, den Kommunen und den Menschen gleichermaßen ein Angebot zu machen, neue Gewerbegebiete und Konversionsflächen ökologisch nachhaltig zu gestalten und damit auch deren Akzeptanz zu erhöhen. Natürlich wäre es besser, man könnte durch reine Innenentwicklung große Gewerbegebiete schaffen, um dort neue Produktionen anzusiedeln. Aber so einfach ist es eben nicht. Flächen in dieser Größenordnung würden in unserer Region erst frei werden, wenn es große Unternehmen aus der Automobilwirtschaft nicht mehr gibt. Aber das kann keine Lösung sein!

Deswegen wird es immer wieder Kompromisse und Abwägungsentscheidungen geben müssen, wenn wir den industriellen Kern unserer Region nicht verlieren wollen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Ankündigung von cellcentric, in Weilheim eine Fabrik für Brennstoffzellen zu bauen. Solche neuen Produktionsstandorte können ein Baustein sein, mit dem wir unseren Wirtschaftsstandort zugleich zukunftssicher und nachhaltig machen können.

Auch das Thema Künstliche Intelligenz kann so ein Baustein sein. Wenn wir wollen, dass dieser Trend nicht an unserer Region vorbeigeht, müssen wir die Initiative ergreifen. Daher unterstützen wir den interfraktionellen Antrag, ein Kofinanzierungsprogramm zum Thema KI aufzulegen und die dafür benötigten Mittel in den Haushalt einzustellen.

Bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum haben wir und das Land unsere Hausaufgaben nicht gemacht. Und was wir kürzlich von der neuen Wohnungsbauministerin gehört haben, ging leider über warme Worte nicht hinaus. Deutlich war auch ihre klare Absage, die Kompetenzen der Region bei diesem Thema zu erweitern. Darum ist es jetzt unsere Aufgabe, den gesetzlichen Rahmen voll auszuschöpfen. Und die einzige Stellschraube, an der wir drehen können, sind die Dichtewerte bei Bebauungsplänen. Aus diesem Grund haben wir zweierlei beantragt: Erstens, dass die Geschäftsstelle endlich bei Bebauungsplänen die Einhaltung der geltenden Bruttowohndichten konsequent um- und durchsetzt und zweitens, dass wir die Dichtewerte grundsätzlich um 10 Prozent erhöhen. So können wir einerseits den Verbrauch an Grund und Boden reduzieren und andererseits einen Beitrag dazu leisten, dem Mangel an Wohnraum zu begegnen.

Ob die IBA einen Impuls bei der Schaffung von modernem und bezahlbarem Wohnraum leisten kann, wird sich noch zeigen. Was aber heute schon klar ist, ist, dass eine erfolgreiche IBA mehr Geld benötigt. Die SPD-Fraktion ist bereit diesen Schritt mitzugehen, wenn auch Stadt und Land bereit sind, ihre Finanzierungsanteile zu erhöhen. Insbesondere das Land ist jetzt gefordert, seinen Anteil an der Grundfinanzierung deutlich zu erhöhen. Schließlich wird die IBA eine Strahlkraft entwickeln, von der auch das Land unmittelbar profitieren wird. Und Geld ist im Landeshaushalt ja genügend vorhanden. Ein oder zwei Staatssekretäre weniger und die Finanzierung der IBA wäre gesichert.

Die größten Wohnbauschwerpunkte der Region liegen übrigens nicht ohne Grund in der Nähe von S-Bahnhalten, wie das Projekt „Glorious Hubs“ eindrucksvoll gezeigt hat. Dieser sinnvolle Ansatz sollte aus unserer Sicht unbedingt fortgeführt und vertieft werden.

Die Diskussion über die Rohstoffabbauf Flächen hat uns deutlich gemacht, dass man auch den Zustand nach dem Abbau nicht aus den Augen verlieren darf. Deshalb wünschen wir uns eine Übersicht über die Rekultivierungen der letzten 20 Jahre. So kann eine Benchmark für aktuelle und künftige Abbauf Flächen entwickelt werden.

Wir bedauern sehr, dass bei der Änderung des Regionalplans zum Thema Windkraft seit zwei Jahren Windstille herrscht und nicht nur im Land, sondern auch in der Region kaum ein Windrad gebaut wurde. Hier ist dringend mehr als ein laues Lüftchen in der Landespolitik nötig.

Aber unsere Region braucht nicht nur eine Energiewende, sie braucht auch eine Verkehrswende. Um diese zu erreichen, benötigen wir einen weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur. Eins ist jetzt schon klar: Das wird teuer und es wird dauern. Deshalb ist es so wichtig, dass wir bereits heute die Grundlagen für diese Verkehrswende legen. Es geht darum, die Weichen für die Zukunft des Schienenknoten Stuttgart nachhaltig richtig zu stellen. Dazu gehört für die SPD das 3. Gleis an der Mittnachtstraße, das Nordkreuz, die T-Spange, die Panoramabahn und die Zulaufstrecken in der Region. Es ist uns bewusst, dass jede dieser Maßnahmen schon allein ein Riesenbrocken ist. Aber wir werden sie brauchen, wenn wir den Schienenknoten fit für die Herausforderungen der Zukunft machen wollen. Ein paar Worte zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Da sich in der Regionalversammlung und darüber hinaus keine Mehrheit für den Ergänzungsbahnhof abzeichnet, bietet aus unserer Sicht der Bau des 3. Gleises an der Mittnachtstraße trotzdem die Möglichkeit, weitere Kapazitäten für die S-Bahn zu schaffen. Diese Maßnahme schafft für den Regelbetrieb mehr betriebliche Flexibilität und hat auch für das Notfallkonzept Vorteile. Wir stellen diesen Antrag ja nicht zum ersten Mal, aber bislang wurde er immer auf die lange Bank geschoben. Er könnte nun ein Ausweg aus der sinnlosen Diskussion um den Ergänzungsbahnhof sein.

Das Nordkreuz und die T-Spange stehen ja schon lange im Regionalverkehrsplan. Deshalb sollten jetzt Gespräche mit Land, Stadt und Bahn aufgenommen werden, um deren Realisierung endlich voranzutreiben.

Und in diesem Zusammenhang muss natürlich auch die Panoramabahn genannt werden. Zunächst einmal geht es darum, den Betrieb während der Stammstreckensperrungen und später bis zum Nordhalt sicherzustellen. Aber dann muss ermittelt werden, welche Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen mittel- und langfristig notwendig sind. Es freut uns sehr, dass sich ein breites Bündnis in dieser Versammlung gefunden hat, das diesen Antrag unterstützt.

Und last but not least die Zulaufstrecken in der Region. Hier soll eine Studie in Auftrag gegeben werden, welche sich konkreter mit dem notwendigen Ausbaubedarf und den örtlichen Gegebenheiten beschäftigt.

Das Vorgehen der Region bei der Reaktivierung der Bahn von Göppingen nach Kirchheim war aus unserer Sicht beispielgebend. Ein ähnliches Engagement des Verbandes wünschen wir uns nun auch für die Bottwartalbahn.

Die Verkehrswende wird jedoch nicht allein durch den Ausbau der Schiene erreicht. Nachdem der Ausbau der S-Bahn von den Fildern ins Neckartal gescheitert ist, ist es nun unsere Aufgabe, für diese Raumschaft ein RELEX-Bus-System zu entwickeln. Denn diese sind ein Erfolg. Deshalb ist es aus Sicht der Grünen und uns an der Zeit, sich zum einen über Taktverdichtungen in der HVZ zu unterhalten und sich zum anderen die Linien nochmals anzuschauen, die wir 2014 - noch unter anderen Vorzeichen - zurückgestellt haben.

Aber es gibt leider immer noch zu viele Baustellen im ÖPNV. Wenn man Galileo Galilei gebeten hätte, sich die Deutsche Bahn beim Thema Barrierefreiheit anzuschauen, ich bin mir nicht sicher, ob er auch ausgerufen hätte „und sie bewegt sich doch...!“ So wie wir die Deutsche Bahn letzten Endes mit dem jährlichen

S-Bahngipfel gezwungen haben, sich in Sachen Pünktlichkeit und Instandhaltung zu bewegen, so erhoffen wir uns mit einem jährlichen Bericht zur Barrierefreiheit auch hier endlich Bewegung.

Energie- und Verkehrswende können wir verknüpfen, indem wir bei der S-Bahn auf Ökostrom umstellen. Dies haben wir gemeinsam mit Grünen und Linken beantragt.

Oskar Wilde hat einmal gesagt, dass Politiker nach ihrer Standfestigkeit beurteilt werden. Aber, dass sie deshalb auch an ihren Irrtümern festhalten.

Mit dem Antrag zur Auslastung der 1. Klasse in der S-Bahn, wollen wir der Mehrheit in diesem Gremium einmal mehr die Möglichkeit geben, angesichts der bestimmt wieder miserablen Zahlen, endlich ihren Irrtum zu erkennen und mit uns die 1. Klasse abzuschaffen.

Doch der Mensch lebt nicht allein von Wirtschaft, Planung und Verkehr. In einem breiten interfraktionellen Antrag beauftragen wir die Kulturregion, zum Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ ein Zeichen zu setzen und Orte jüdischen Lebens erfahrbar zu machen. Wenn die Konzeption mit weiteren Partnern steht, sind wir gerne bereit, sie auch durch weitere Haushaltsmittel zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Uns, aber auch der Verwaltung stehen anstrengende, aber auch spannende Wochen bevor. Die Anträge aller Fraktionen sind vielfältig. Wenn wir sie unter den Dreiklang der Nachhaltigkeit stellen und die ökologische, die ökonomische und die soziale Dimension berücksichtigen, dann können wir für die Menschen in unserer Region viel erreichen.